



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und
Integration

Protokoll

der Plenumsitzung des Integrationsbeirats
am 21. Februar 2024 um 19 Uhr im Café Elbfaire

Herr Amtsleiter Arne Dornquast begrüßt die Anwesenden zur ersten Plenumsitzung des (Landes-) Integrationsbeirats in 2024. Er bittet, die kurzfristige Abwesenheit der Senatorin wegen bundespolitischer Abstimmungsbedarfe zu entschuldigen.

Er leitet über zu der vorliegenden Tagesordnung:

- | | |
|--------------|--|
| TOP 1 | Begrüßung, Abfrage zur Tagesordnung und Genehmigung der Protokolle der (außerordentlichen) Sitzungen vom 2., 15. und 30. November 2023 |
| TOP 2 | Kurzvorstellung der Arbeit der Jugendberufsagentur (JBA) durch Alena Billon und Susanne Otto |
| TOP 3 | Stellungnahme des Integrationsbeirats zu rechtsextremen Remigrationsplänen |
| TOP 4 | Themenschwerpunkte in 2024 und Sitzungsplanung |
| TOP 5 | Verschiedenes |

TOP 1: Begrüßung, Abfrage zur Tagesordnung und Genehmigung der Protokolle der (außerordentlichen) Sitzungen vom 2., 15. und 30. November 2023

- Herr Dornquast begrüßt die anwesenden Beiratsmitglieder und die Gäste Alena Billon und Susanne Otto.
- Die Protokolle der Sitzungen vom 2. November 2023, 15. November 2023 und 30. November 2023 werden genehmigt.

TOP 2: Kurzvorstellung der Arbeit der Jugendberufsagentur (JBA) durch Alena Billon und Susanne Otto

Frau Billon und Frau Otto stellen den Aufbau und die Aufgaben der Jugendberufsagentur vor (Anl. 1).

Im Anschluss an die Präsentation schließt sich ein Austausch zu folgenden Themen an: Wichtigstes Ziel der Arbeit der JBA sei es, so wenig Jugendliche und Jungerwachsene nach dem Entlassen der Schule zu „verlieren“.

1. Die Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen, seien vielfältig. Es habe sich z.B. bewährt, auch Jugendliche, die nach Beendigung der Schule nicht direkt eine Anschlussperspektive ergriffen haben, nach einer Weile nochmals zu kontaktieren.
2. Zielgruppe: Die Dienstleistungen der JBA seien auf die Zielgruppe der Jugendlichen und Jungerwachsenen ausgerichtet, stünden aber auch jungen Menschen über 25 zur Verfügung.
3. Die mobile Beratung soll perspektivisch ausgebaut werden. Bisher gebe es zwei Personen aus der Behörde für Schule und Berufsbildung, die aufsuchend tätig seien. Man sei sich bewusst, dass dies nicht ausreiche.
4. Umgang mit Risikogruppen: Für schwer vermittelbare Jugendliche und Jungerwachsene bzw. junge Menschen mit multiplen Problemlagen stehe die Sozialberatung zur Verfügung.
5. Die Durchführung von mehrsprachigen (Eltern)-Informationsabenden habe sich bewährt, sei aber aus Ressourcengründen nur möglich, wenn diese im größeren Rahmen stattfinden könnten.
6. Empowerment: Die Beiratsmitglieder betonen im Rahmen der Diskussion die Wichtigkeit des Empowerments insbesondere Jugendlicher und Jungerwachsener mit Migrationshintergrund, denen häufig weniger zugetraut werde.
7. Vermittlung von Praktika: Aus dem Beirat kommt außerdem der Hinweis, dass es für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund schwierig sei, qualifizierte Praktikumsplätze zu finden. Dies führe häufig dazu, dass sie in Handyshops oder ähnlichen Betrieben als kostenlose Arbeitskraft eingesetzt und ausgenutzt würden.

Verabredung: Frau Billon stellt ihre Kontaktdaten zur Verfügung und ist dankbar für Hinweise zu relevanten Veranstaltungen (Jobmessen, Veranstaltungen in größeren Communities). Es bestehe großes Interesse seitens der JBA, Informationen zu den Angeboten in den unterschiedlichen Communitys zu streuen, soweit dies personell machbar sei.

TOP 3: Stellungnahme des Integrationsbeirats zu rechtsextremen Remigrationsplänen

1. Stellungnahme zur Ächtung des N-Wortes

- Herr Dornquast berichtet, dass die Stellungnahme zur Ächtung des N-Wortes, die im September über Staatsrätin Lotzkat mit einem Begleitschreiben an die Runde der Staatsrätinnen und Staatsräte geschickt wurde, inzwischen auch den Bezirksamtsleitungen zugeleitet worden sei.
- Das Thema werde darüber hinaus auch im Rahmen der Senatsstrategie zur Bekämpfung von Anti-Schwarzem Rassismus und zum Empowerment Schwarzer Communitys, die Anfang März in den Senat und Anfang April in die Bürgerschaft gehen wird, aufgegriffen.

2. Aktuelle Stellungnahme zur Deportationsfantasie der Rechtsextremen

- Die Stellungnahme, über die die zur Abstimmung steht, mahnt zu Wachsamkeit im Umgang mit dem Erstarken rechtsextremer Kräfte und den rechtsextremen Deportationsplänen.
- Der Sorge und der Verzweiflung über die jüngsten Entwicklungen, trägt die vorliegende Stellungnahme Rechnung.
- Die Beiratsmitglieder diskutieren den vorliegenden Entwurf. Er wird einstimmig mit redaktionellen Änderungen verabschiedet (finale Fassung, Anl. 2).
- Die Stellungnahme soll zeitnah auch ohne Vorliegen des Protokolls auf der Internetseite des Integrationsbeirats veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung wird durch einen Social Media Post begleitet.

TOP 4: Themenschwerpunkte in 2024 und Sitzungsplanung

Plenumssitzungen 2024

Es wird darüber abgestimmt, welche Präsidien/Behörden zu den Plenumssitzungen am 5. Juni und am 25. September 2024 eingeladen werden sollten. Ergebnis:

- Senatorin Anna Gallina (Behörde für Justiz und Verbraucherschutz)
- Senatorin Karen Pein (Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen) Weitere Termine:
- Die Beiratsmitglieder erwägen ein Treffen mit Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde oder dem Interreligiösen Forum; dies wird im Rahmen der AG Antidiskriminierung/Antirassismus diskutiert und geplant.
- Darüber hinaus ist eine Teilnahme des Integrationsbeirats am Forum WIR geplant.

TOP 5: Verschiedenes

1. Abschlussbericht zur Arbeit des Integrationsbeirats

Zum Ende der Amtszeit des Integrationsbeirats der 22. Legislatur wird es eine erneute Berichterstattung an die Bürgerschaft zur Arbeit des Integrationsbeirats geben. Die Arbeit der zweiten Hälfte der Amtszeit soll (erneut) im Rahmen eines Workshops bewertet werden; dieser wird im Spätsommer/Herbst stattfinden und bietet die Gelegenheit, Vorschläge für die Neukonstituierung zu erarbeiten.

2. Bezahlkarte für Geflüchtete

Im November 2023 haben sich Bund und Länder auf die Einführung einer bundesweit einheitlichen Bezahlkarte für Flüchtlinge verständigt. Zum Zeitpunkt der Beschlüsse auf Bundesebene war in Hamburg schon seit einiger Zeit eine Bezahlkarte mit dem Namen „Social Card“ in Vorbereitung, um die Auszahlung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für alle Beteiligten zu vereinfachen. Hamburg hat Mitte Februar 2024 die Bezahlkarte für Geflüchtete eingeführt. Weiterführende Informationen sind in den FAQs zusammengefasst:

[Informationen zur Hamburger SocialCard – Informationen für Leistungsbeziehende nach dem Asylbewerberleistungsgesetz \(AsylbLG\) - hamburg.de](#)

Dorothea Stille

Anlagen